

ASMZ-Forum

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **160 (1994)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nein zu Blauhelmsoldaten

Blauhelmsoldaten wären ein Schritt in die UNO

Blauhelmsoldaten – erster Schritt in die UNO. Obwohl 1986 Volk und Stände den UNO-Beitritt mit 1591428 Nein (76 Prozent) gegen nur 511548 Ja massiv verworfen haben, sollen nun unter Missachtung dieses Entscheides der UNO-Blauhelmsoldaten (unter fremdem militärischen Befehl) zur Verfügung gestellt werden. Wird die Blauhelmsoldatenanfrage angenommen, würde schon am folgenden Tag die Klage erhoben, die Schweiz könne als Nichtmitglied der UNO an Beratungen und Entscheidungen über Blauhelmsoldaten nicht mitreden. Die Forderung nach Vollbeitritt zur UNO wird auf dem Fuss folgen.

Ja zum Friedensplatz Schweiz – Nein zur Schwächung der Neutralität

Unsere Neutralität ist geistig-moralische Verpflichtung, die der Schweiz von ihrer Gründung und Geschichte her aufgetragen ist. Die dauernde Neutralität bezweckt, dass sich die Schweiz nie in fremde Händel oder gar Krieg hineinziehen lässt. Wer in einem Konflikt Partei ergreift, schwächt die Neutralität und gefährdet die Unabhängigkeit. Dank unserer machtpolitischen Unbescholtenheit können wir allen Völkern gute Dienste anbieten und den Friedensplatz Schweiz ausbauen.

Überforderung der Bundesfinanzen

Die Bundesfinanzen weisen 1994 ein Defizit von 8 Milliarden Franken aus. Da glauben Bundesrat und Parlamentsmehrheit, es sei unwesentlich, weitere weit über 100 Millionen Franken pro Jahr auf Pump für internationalen Aktivismus zu verbrauchen.

Sämtliche Ausgaben für Blauhelmsoldaten würden unsere Landesverteidigung belasten und diese damit schwächen.

Ich empfehle ein Nein zu den Blauhelmsoldaten

Die Alternative heisst Katastrophenhilfskorps und Rotes Kreuz, welche nie nach Schuld fragen, sondern nur Leiden lindern. Das Rote Kreuz – als Idee und Organisation in der Schweiz entstanden und ge-

wachsen – muss unserem Land besondere Verpflichtung sein. Die besten Kräfte, die wir für internationale Solidaritätsaktionen einsetzen, müssen dem Roten Kreuz reserviert bleiben. Werden solche aus Prestigegründen für Blauhelmsoldaten abdelegiert, dann wird das Rote Kreuz geschwächt, das seit Jahrzehnten in Not geratenen Menschen in aller Welt hilft.

Übrigens: Allein 1993 sind 197 Blauhelmsoldaten getötet worden!

Walter Steinemann,
Nationalrat APS,
9402 Mörschwil

Verzicht auf Erdzielbekämpfung durch die Flugwaffe

In den ASMZ 2/94 und 3/94 fand der Offizier endlich die Begründung dieses KML-Beschlusses vom 15.6.93. Trotz einleuchtenden Argumenten bleibt aber ein ungutes Gefühl zurück. Eine momentane militärpolitische Schönwetterlage und eine simultane Finanzklemme im EMD genügen offenbar, um eine bisher tragende Hauptaufgabe der Flugwaffe rasch und ersatzlos zu streichen. Dabei wird eingeräumt, dass eine Änderung des strategischen Umfelds eine Neubeurteilung verlangen könnte. Eine Wiederaufnahme des Erdkampfes wäre aber nur mittels neu zu beschaffender Kampfmittel möglich.

Mit den nachstehenden Vorschlägen möchte ich nicht die begründete Priorität der defensiven Luftverteidigung in Frage stellen, sondern der Erdtruppe eine minimale operative Feuerreserve erhalten und verhindern, dass die Offensivkraft der Flugwaffe so verkümmert, dass sie bei Bedarf nicht mehr zeitgerecht mobilisiert werden kann.

1. Eine kleine offensive, fliegende Feuerreserve sicherstellen!

Primär kommen dafür 2–3 Tigerstaffeln, ausgerüstet mit den vorhandenen Tiefabwurfbomben und Maverick-Lenkflugwaffen in Frage, deren Anpassung für 200–300 Mio SFr. zu machen wäre. Diese Mittel könnten in einer Zweitrolle, allerdings nur bei Tag und im Sichtflug sowie geringerer Wirkung und Überlebenschance als mit modernsten Mitteln, notfalls eingesetzt

werden. Es ginge darum, auch bei Nichtverfügung eigener Artillerie gegen Führungseinrichtungen, Feuerbasen und Bereitstellungen von Heli und Truppen wirken zu können, sofern uns diese Aufgabe nicht, wie wir offenbar hoffen, durch einen Partner abgenommen wird.

Als positiver Nebeneffekt bleibt so die Erdtruppenschulung durch Markeureinsätze weiterhin möglich.

2. Die Erdkampftauglichkeit der F/A-18 aufrecht erhalten!

Dies wird erreicht durch laufenden Software-Update auch der Erdkampfkomponenten sowie durch ein minimales Pilotentraining. Der Einsatz würde sich nur gegen sehr wichtige operative oder strategische Ziele richten; beispielsweise als offensive Luftverteidigung gegen Boden-Boden-Lenkflugwaffenstellungen oder Flugplätze und im Verbund mit Verteidigungspartnern.

3. Einrichtungen und Strukturen für Erdkampftauglichkeit halten!

Mit minimalem personellem Aufwand und entsprechender Softwareausrüstung und Ausbildung sollen Einsätze gegen Ziele am Boden geleitet werden können.

So könnte auch in der Flugwaffe, mit minimalen Kosten, die mit dem Projekt Armee '95 verknüpfte Einsatzflexibilität bewahrt werden.

Hugo Dietschi (Bäretswil)

«Das neue Kriegsmaterialgesetz»

(Bericht aus dem Bundeshaus, ASMZ Nr. 3/1994)

Der erwähnte Bericht übernimmt einseitig und unreflektiert die Sichtweise der Behörden. Doch auch die Argumente der direkt betroffenen Branchen – allen voran der Schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie mit ihren über 360 000 Arbeitsplätzen – verdienen eine Würdigung. Aus Sicht des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) ist der Bedarf für eine Totalrevision des geltenden Kriegsmaterialgesetzes (KMG) nicht erwiesen; die Verwirklichung des vorgeschlagenen Entwurfes hätte aber eine inakzeptable Beeinträchtigung des Werkplatzes Schweiz zur Folge. Gut die

Hälfte der in der grössten Exportbranche des Landes tätigen Firmen würden neu für ihre Exportgeschäfte bewilligungspflichtig. Dies und weitere Folgen des Entwurfes widersprechen dem vom Bundesrat oft beschworenen Geist der Deregulierung.

Die wichtigsten Argumente des VSM lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Bei der angestrebten Totalrevision des KMG gelingt dem EMD der Nachweis, dass eine Totalrevision überhaupt nötig ist, in keiner Weise. Ins Feld geführt wird lediglich, das geltende KMG sei «seiner Zeit weit voraus» gewesen (Ziff. 1.2. des Berichts zum Entwurf) und der Geist des helvetischen Musterknaben, der schärfere und unpraktikablere Gesetze als alle anderen haben möchte, ist quer durch den Entwurf spürbar. Das bestehende, sehr restriktive Gesetz hat sich seit 20 Jahren bewährt, was auch international anerkannt wird. Keine internationale Behörde oder nationale Regierung verlangt von der Schweiz, das KMG zu revidieren. Auch der VSM ist klar für eine restriktive Praxis beim Kriegsmaterialexport, wie wir auch für klare und praktikable Exportkontrollregelungen eintreten. Aber wir meinen, dass man einzelne Umgehungen und Verletzungen des geltenden Rechts nicht dadurch verhindern kann, dass man ein neues, ungemein restriktiveres Gesetz erlässt. Die richtige Antwort auf Fehlverhalten einzelner Personen oder Unternehmungen ist die konkrete, sachbezogene Sanktion mittels entsprechender Massnahmen; unsere Firmen nehmen ihre Verantwortung durchaus wahr.

2. Im Entwurf wird eine willkürliche Ausdehnung des Kriegsmaterialbegriffes auf «dual use»-Güter vorgeschlagen, die in der Praxis dazu führen würde, dass der Export von Armeematerial ohne zerstörerische Wirkung – wie zum Beispiel optische Geräte oder Ausbildungsmittel – einem aufwendigen Bewilligungsverfahren unterworfen wäre. Bewilligungen könnten zudem jederzeit ohne Entschädigungspflicht des Staates widerrufen werden.

3. Dieses absolut inakzeptable Element von Unberechenbarkeit staatlichen Handelns findet sich auch beim

Vorschlag, die Lizenzvergaben und den Know-how-Transfer ebenfalls bewilligungspflichtig zu machen, und zwar rückwirkend. Würde also ein bestehender Lizenzvertrag nicht bewilligt, so drängt der Bund – wiederum ohne Entschädigungspflicht – eine Firma in den Vertragsbruch. Was auch nur ein einziger solcher Fall für das internationale Ansehen unserer Firmen und ihren Ruf als zuverlässige Geschäftspartner zu bedeuten hätte, kann man sich auch ohne spezielles Fachwissen leicht ausmalen.

4. Der vorliegende Entwurf brächte eine Aufblähung des Apparates sowie eine Politisierung des Bewilligungsprozesses, die den Erfordernissen der Berechenbarkeit und Stabilität des staatlichen Handelns diametral zuwiderläuft. Dies würde auch von den ausländischen Kunden registriert und tangiert die sprichwörtliche Zuverlässigkeit schweizerischer Firmen aufs schwerste.

5. Schliesslich und endlich enthält der Bericht einen grundlegenden Widerspruch, den zu lösen der Bundesrat aufgefordert bleibt. Es wird nämlich mit warmen Worten die Unerlässlichkeit einer eigenen schweizerischen wehrtechnischen Industrie unterstrichen, zugleich aber alles vorgeschlagen, um die Industrie an die harte Kandare eines unpraktikablen Gesetzes zu nehmen.

Sekretariat des Vereins
Schweizerischer Maschinen-
industrieller
Dr. M. Erb, Direktor
H. Christen,
Informationschef

Wenn die SOG eine Reise tut

Am 4. Juni 1989 haben Panzer der chinesischen Volksarmee auf dem Tian'anmen-Platz in Peking eine Bewegung blutig niedergewalzt, die demokratische Reformen verlangte. Die Volksarmee, der bisher der Mythos der Zugehörigkeit zu seinem Volk anhaftete – nomen est omen –, verlor ihre Unschuld. Die Anführerinnen und Anführer dieser Bewegung, so man ihnen habhaft geworden, hat man in Umerziehungslager gesteckt, um ihnen die Flausen von politischen Veränderungen aus dem Kopfe zu vertreiben.

China ist eine Weltmacht, und nicht alle Ministerinnen und Staatsmänner, die ins Reich der Mitte fahren, weil das der machtpolitische Pragmatismus verlangt, sind schon eifrige Jünger Niccolò Machiavellis. Und wenn eine wirtschaftliche Umgestaltung – ob sie ohne politische Öffnung zu haben ist, steht dahin – einen Markt von über einer Milliarde Köpfen beschert, dann treibt der ökonomische Imperativ Managerinnen und Unternehmer in Scharen nach China. So weit, so schlecht. Nachvollziehen kann man es.

Aber was, sind wir gezwungen zu fragen, tut die Schweizerische Offiziersgesellschaft in diesem Land? Den Tian'anmen-Platz besichtigen, um nachher mit denen zu dinieren, die die Forderungen derjenigen jungen Leute buchstäblich mit Füßen getreten haben, die verlangen, was die Schweizer Armee richtigerweise bei uns zu verteidigen trachtet: Demokratie und Menschenrechte? Welchen Anlass hat die SOG, und sie ist ja nicht irgendein

kleiner unbedeutender Verein, mit denen zu reden, die die Empörung und das Entsetzen des ganzen demokratischen Westens geerntet haben? Wie lautet die Botschaft dieser Reise, welches Zeichen soll sie setzen?

Sie wollen reisen? Warum nicht nach Osteuropa nach Lettland, Litauen, Estland, Ungarn, Tschechien. Dort gehen Staaten den beschwerlichen Weg einschneidender politischer und wirtschaftlicher Reformen. (Sie gehen ihn bereits und verkünden ihn nicht alle Jahre wieder.) Diesen Staaten hätten Sie mit Ihrem militärischen Know-how etwas zu bieten, könnten Sie in Ihrer eingeschlagenen Richtung bestärken.

Und Sie würden mit mutigen Leuten reden, die Reformen in Gang gebracht haben und im Schwunge halten und nicht mit Senioren, die sich jeder Veränderung in den Weg legen.

Oblt Landolt Pius
Oblt Humbel Stephan
Lt Krieger David
Lt Landolt Fridolin

Stellungnahme des Präsidenten der Kommission «SOG International»

China ist ein Land, das von der Schweiz politisch anerkannt wird. Mit Interesse verfolgen wir den Öffnungsprozess dieses asiatischen Grossstaates. Wir sind überzeugt, dass der Dialog mehr bringt als ein ideeller Boykott.

Die im Leserbrief vorgeschlagenen Länder Osteuropas werden ab 1995 besucht. Das entsprechende Reisekonzept liegt zum Entscheid beim Zentralvorstand der SOG.

Louis Geiger, Präsident
«SOG International»

Schweizer Instruktionsoffiziere am «Command and General Staff College» der US Army in Fort Leavenworth

1994 jährt es sich zum 100. Male, dass ein Schweizer Offizier als erster «Allied Officer» an einem Lehrgang am Command and General Staff College der US Army in Fort Leavenworth teilgenommen hat. Ich meine, dieser Umstand sei einer Erwähnung in der ASMZ angemessen ...

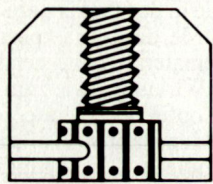


Henri Charles LeComte

Der erste Teilnehmer war Henri LeComte.

Dieser leitete im Ersten Weltkrieg drei schweizerische Militärmissionen in Frankreich.

Fred Heer, Steffisburg ■



UVAVINS
MORGES

1131 TOLOCHENAZ
Tel. (021) 801 52 52

GRANDS VINS VAUDOIS

KELLEREIEN IN MORGES, SAINT-PREX, GILLY-BURSINEL UND NYON

NOTRE PASSION... VOTRE PLAISIR

Grosse Auswahl von Weiss-, Rosé- und Rotweinen. – Wir realisieren persönliche Etiketten für Rgt oder Batstäbe von Ihren Truppenabzeichen. – Verlangen Sie eine Offerte: die Herren Ch. Nicolet oder J.-C. Pilet stehen zu Ihrer Verfügung.